

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der laufende Handelsstreit mit den USA sorgte in der Berichtswoche für Verluste an den Aktienbörsen. Zuletzt standen die deutschen Automobilbauer im Blickpunkt.

Die Rentenmärkte bewegten sich in vergleichsweise engen Handelsspannen. Aus dem EZB-Forum im portugiesischen Sintra ergaben sich keine gravierend neuen Erkenntnisse.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



# Marktticker



Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 22. Juni 2018

## Inhaltsverzeichnis

### Aktien:

- Handelskonflikt sorgt für negative Vorzeichen
- Stimmung an den Aktienmärkten auf dem Prüfstand

### Renten:

- EZB-Forum in Sintra
- Bank of England vertagt Zinsschritt
- Bayer mit historisch großer Neuemission

### Ausblick:

- Inflationsentwicklung im Euroraum
- USA: Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter
- EU-Gipfeltreffen

## Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 22.06.2018 ca. 16:00	seit 15.06.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	24.635	-1,8%	-0,3%
EURO STOXX 50	3.429	-2,2%	-2,1%
Dax 30	12.544	-3,6%	-2,9%
Nikkei 225	22.517	-1,5%	-1,1%
MSCI Emerging Markets	58.987	-2,6%	-3,1%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,34%	-6 BP	-9 BP
Iboxx Euro Sovereign	233,06	-0,1%	0,1%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	65	0 BP	21 BP
US-Leitzins	2,00%	0 BP	50 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,91%	-1 BP	51 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,17	0,4%	-2,9%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	67,16	3,2%	11,2%

## Aktien

### Handelskonflikt sorgt für negative Vorzeichen

Schwache Vorgaben aus den USA und Asien sorgten bereits zu Wochenbeginn für Verlusten an den europäischen Börsen. In den USA wird neben den bereits verhängten Zöllen auf Importe aus China im Volumen von 50 Milliarden US-Dollar die Einführung weiterer Strafzölle auf chinesische Waren geplant. Präsident Trump droht nun mit neuen Strafzöllen im Umfang von bis zu 200 Milliarden US-Dollar gegenüber China. Laut Experten weicht das US-Vorgehen von den Vereinbarungen ab, die beide Seiten in mehreren Verhandlungsrunden zuvor erzielt hätten. Sollten die USA die Pläne umsetzen, bliebe China womöglich keine andere Wahl, als entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die europäische Union wird an diesem Wochenende entscheiden, wie sie ihrerseits auf die durch die USA bereits erhobenen Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte reagieren will. Im Raum stehen Zölle auf US-Produkte wie Whiskey, Jeans, Motorräder und Erdnussbutter.

Die internationalen Aktienmärkte blieben nicht verschont von der Zuspitzung des Handelskonflikts. Der Dow Jones notierte per Freitagmittag um 1,8 Prozent schwächer im Vergleich zur Vorwoche. Der marktbreitere S&P 500 verbuchte ein Minus von 0,6 Prozent. Auf europäischer Ebene notierte der STOXX Europe 600 bei einem Minus von 1,3 Prozent. Unter dem breiten europäischen Aktienindex gehörten insbesondere Autowerte zu den großen Verlierern mit einem Rückgang von 6,5 Prozent. Der deutsche Premiumhersteller Daimler sah sich am Mittwoch gezwungen, eine Gewinnwarnung auszusprechen. Die im US-Bundesstaat Alabama produzierten und nach China exportierten Fahrzeuge des Stuttgarter Autoherstellers seien unmittelbar von den Handelszöllen der USA gegenüber China betroffen. Per Freitagmittag handelte die Daimler-Aktie rund acht Prozent im Minus. Daneben gerieten auch die Anteilsscheine von Volkswagen und BMW in Mitleidenschaft. Die Verhaftung des Audi-Vorstandsvorsitzenden Stadler verstärkte den Kursverfall der VW-Papiere des weltweit größten

Autoherstellers. Die Teilhaberpapiere notierten auf Wochensicht mit einem deutlichen Abschlag von mehr als sieben Prozent. Neben den zahlreichen Verlusten unter den deutschen Werten sorgte zumindest bei der Deutschen Bank das Bestehen des ersten Teils des Stresstests in den USA für einen positiven Impuls, wenngleich auch diese Aktien Verluste hinnehmen musste.

Neben der Zuspitzung des Handelskonflikts sorgte außerdem die Regierungskrise in Deutschland für Zurückhaltung unter den Anlegern. Der deutsche Leitindex verzeichnete in dieser Handelswoche einen Rückgang in Höhe von knapp vier Prozent.

### Stimmung an den Aktienmärkten auf dem Prüfstand

Es spricht viel dafür, dass die Aktienmärkte auch in den kommenden Wochen stärkeren Schwankungen ausgesetzt sein dürften. Unterstützend wirken sicherlich weiterhin die guten Unternehmensdaten. Am Börsenhimmel ziehen jedoch einige dunkle Wolken auf: Trotz einer anhaltend dynamischen Entwicklung der US-Konjunktur belasten einzelne Faktoren die internationalen Börsen, wie die konjunkturelle Abschwächung in vielen Regionen außerhalb der USA, die zunehmende Verflachung der US-Zinsstrukturkurve und eine erneute Verschärfung der handelspolitischen Spannungen durch die US-Administration. Die bereits erhobenen Strafzölle gegen China und vor allem die Drohung weiterer Strafzölle gegen die zweitgrößte Volkswirtschaft, würde zur einer spürbaren Verschärfung des Handelskonflikts führen. Dies würde wohl sicherlich auch den globalen Handel belasten. Darüber hinaus dürften die Konjunkturdaten aus den USA von hoher Wichtigkeit sein, schließlich liefert die US-Wirtschaft derzeit wichtige Impulse für die weltweite konjunkturelle Entwicklung.

Zudem kann mit Blick auf die am 6. November 2018 anstehenden US-Wahlen (Mid-Term-Elections zum Repräsentantenhaus) eine weitere Eskalation des Handelskonflikts durch die Trump-Administration nicht ausgeschlossen werden. Trump erhofft sich auf diese Weise Zuspruch von seinen Wählern. Insgesamt sind dies Faktoren, die zunehmend auf den Kursen der internationalen Börsen lasten könnten.

## Renten

### EZB-Forum in Sintra

In der sich dem Ende zuneigenden Handelswoche ging es sowohl am US-amerikanischen als auch europäischen Rentenmarkt etwas ruhiger zu. Mit Blick auf das Marktumfeld war die Aufmerksamkeit der Akteure auf das EZB-Forum im portugiesischen Sintra gerichtet. Marktbewegende Aussagen blieben dieses Mal aus. EZB-Präsident Draghi betonte noch einmal, dass die EZB sehr geduldig bleibe, was den Zeitpunkt der ersten Zinserhöhung angehe. Die Aussage, dass die Leitzinsen „mindestens über den Sommer 2019“ unverändert blieben, warf zwar viele Fragen auf. Präzisere Statements ließen sich aber weder Präsident Draghi noch den anwesenden nationalen Notenbankchefs entlocken. Vereinzelt zielten Aussagen in Richtung Herbst 2019. Angesichts der zuletzt eher verhaltenen Wirtschaftsdaten aus dem Euroraum wird sich die EZB wohl alle Möglichkeiten offenhalten, im Bedarfsfall geld- beziehungsweise zinspolitisch gegenzusteuern.

Der Vorsitzende der US-Notenbank Powell betonte seine positive Einschätzung zur US-Wirtschaft und verwies auf den robusten Arbeitsmarkt, der die Geldpolitik vor Herausforderungen stelle. Letztlich wurden wie erwartet weitere graduelle Zinsanhebungen in Aussicht gestellt. Im Herbst dürfte damit die nächste Erhöhung anstehen.

### Bank of England vertagt Zinsschritt

Die Englische Notenbank (BoE) hat am Donnerstag erwartungsgemäß den Leitzins bei 0,5 Prozent belassen. Die Abstimmung im Monetary Policy Committee hat sich dabei auf von 7:2 auf 6:3 verändert. Der als einflussreich geltende Chefökonom der BoE hat sich überraschend für einen Zinsschritt ausgesprochen und war in dieser Woche ins Lager der Anhebungsbefürworter gewechselt. Dies hat die Marktteilnehmer aufhorchen lassen. Die Wahrscheinlichkeit für eine Zinsanhebung im August ist in der Folge auf 45 Prozent gestiegen. Für Jahresende liegt die

Wahrscheinlichkeit einer Anhebung derzeit bei 95 Prozent. Britische Staatsanleihen (Gilts) mit zehn Jahren Laufzeit zeigten sich nach leichten Schwankungen gegenüber Vorwochenschluss mit 1,32 Prozent unverändert und damit von der Notenbanksitzung letztlich unbeeindruckt.

Am europäischen Rentenmarkt blieben Staatsanleihen auf Gesamtmarktebene (iBoxx Euro Sovereign) per Donnerstagabend kaum verändert. Die Peripheriemärkte tendierten, mit Ausnahme von Griechenland, das einen langjährigen Rückzahlungsaufschub und eine Überweisung über 15 Milliarden Euro erhielt, etwas schwächer. Griechische Staatsanleihen rentierten mit 4,1 Prozent (zehn Jahre) und damit 35 Basispunkte tiefer als zum Vorwochenschluss. Spanien und Italien wiesen leichte Renditeerhöhungen auf. Die Unsicherheiten vor dem Hintergrund des Handelsstreits mit den USA sowie die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland führten zu einer verminderten Risikoneigung unter den Anlegern, von der deutsche Bundesanleihen profitieren konnten. Die Renditen fielen über die gesamte deutsche Zinskurve hinweg. Am deutlichsten konnten hiervon mittlere Laufzeiten im Bereich von fünf bis sieben Jahren profitieren. Positive Kern- und schwächere Peripheriemärkte glichen sich mehr oder weniger aus. So gut wie unverändert zeigte sich der US-Markt. Die Renditeabweichung aller Laufzeiten auf der Zinskurve lagen gegenüber dem Vorwochenschluss bei ein bis maximal zwei Basispunkten.

### Bayer mit historisch großer Neuemission

Zur Finanzierung der Akquisition des US-amerikanischen Saatgutherstellers Monsanto begab der Bayer-Konzern in der Berichtswoche zahlreiche neue Anleihen. Die Leverkusener nutzen die gute Stimmung am Unternehmensanleihemarkt zu Wochenbeginn und platzierten verschiedene Tranchen im Gesamtwert von rekordverdächtigen 15 Milliarden US-Dollar sowie fünf Milliarden Euro. Die Nachfrage der für ein deutsches Unternehmen historisch großen Emission war mit umgerechnet 22 Milliarden Euro trotz des eher etwas risikoscheuen Umfeldes sehr gut.



## Ausblick

Zum Ende der neuen Berichtswoche werden die vorläufigen Inflationsdaten im Euroraum für den Monat Juni bekanntgegeben. Umfragen zufolge dürfte die Teuerungsrate insgesamt bei zwei Prozent liegen und sich damit auf dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten Niveau von um die zwei Prozent befinden. Besondere Aufmerksamkeit der EZB und damit auch der Märkte kommt dabei der Entwicklung der Kernrate zuteil. Die um die schwankungsanfälligen Energie- und Nahrungsmittelpreise bereinigte Kennziffer wird für Juni dem Konsens zufolge mit plus einem Prozent leicht unter dem Anstieg des Vormonats Mai (1,1 Prozent) veranschlagt. Damit würde sich die Kernteuerung nahezu auf dem neuesten in den Projektionen der EZB prognostizierten Niveau bewegen. Für das kommende Jahr geht die Notenbank von einem Anstieg der Kernrate von 1,6 Prozent aus.

Am Montag wird der ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland im Mai Beachtung finden. Der Wirtschaftskonflikt mit den USA, die politischen Unsicherheiten im Euroraum und die Aussicht auf eher verhaltene Wachstumsraten im Euroraum dürften sich in einer eher vorsichtigeren Einschätzung widerspiegeln.

Zur Wochenmitte folgt in den USA der Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter. Aufgrund rückläufiger Bestellungen in der Luftfahrtindustrie, die als sehr schwankungsreich gilt, ist mit einem Rückgang in den Mai-Daten zu rechnen.

Darüber hinaus finden am Sonntag das informelle Arbeitstreffen einiger EU-Länder und am Donnerstag sowie Freitag dann der EU-Gipfel statt. Dort werden die Themen Flüchtlingspolitik und die Vertiefung der Währungsunion im Mittelpunkt stehen.

## Termine

<b>Montag, 25.06.18</b>	<b>DEU:</b> Ifo-Geschäftsklimaindex (Jun.) <b>USA:</b> Neubauverkäufe (Mai)
<b>Dienstag, 26.06.18</b>	<b>USA:</b> Verbrauchervertrauen Conference Board (Jun.)
<b>Mittwoch, 27.06.18</b>	<b>EWU:</b> Geldmenge M3 und Kreditvergabe (Mai) <b>USA:</b> Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter; Schwebende Hausverkäufe (Mai)
<b>Donnerstag, 28.06.18</b>	<b>DEU:</b> GfK Verbrauchervertrauen (Jul.); Verbraucherpreise (Jun.) <b>EWU:</b> Wirtschaftsvertrauen, ESI (Jun.) <b>USA:</b> Bruttoinlandsprodukt Q1, real 3. Schätzung <b>EU-Gipfel</b>
<b>Freitag, 29.06.18</b>	<b>DEU:</b> Einzelhandelsumsätze (Mai); Arbeitsmarktdaten (Jun.) <b>JPN:</b> Arbeitsmarktdaten, Industrieproduktion (Mai) <b>FRA:</b> Verbraucherpreise (Jun.) <b>EWU:</b> vorläufige Verbraucherpreise (Jun.) <b>USA:</b> Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte; Preisindex für Konsumausgaben (Mai); Chicago Einkaufsmanagerindex, Verbrauchervertrauen (Universität Michigan) endgültig (Jun.) <b>EU-Gipfel</b>

## Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:  
22. Juni 2018, soweit nicht anders angegeben.

## Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon 069 58998-6060  
Telefax 069 58998-9000  
[www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)

## Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH  
Investment Office  
Weißfrauenstraße 7  
60311 Frankfurt